

Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes – Schaffung eines forstwirtschaftlichen Vorkaufsrechtes

Zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 6/6963

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Ministerpräsident hat vorhin eine Rede gehalten, und Herr Gruhner geht vor und empfiehlt, sich doch nicht die Rede des Ministerpräsidenten anzuhören, sondern eher, welche Schlüsse – wie er meint – man daraus ziehen könnte. Das finde ich schon ein sehr spannendes Vorgehen. Ich möchte mal zum Waldgesetz zurückkommen. Ein Gesetz, in das man schreibt, dass es im Thüringer Wald in Zukunft ausreichend regnen sollte, kann leider niemand schreiben. Wenn man sich die Situation draußen anguckt – ich fahre jeden Tag 100 Kilometer auf der Autobahn hierher und ich sehe jeden Tag, wie die braunen Flecken im Wald links und rechts der Straße zunehmen –, wenn man merkt, wie das an den eigenen Nerven zerrt, wenn man auch noch eigenen Wald hat und raus kommt und ein Baum, der vor 14 Tagen noch ganz normal grün ausgesehen hat, steht dann tot da, dann hat man Angst, wie die ganze Geschichte weitergeht. Das macht mehr mit uns, als dass wir irgendwo einen wirtschaftlichen Verlust haben – es ist eine Frage der Existenz.

Wir haben versucht, einen Gesetzentwurf vorzulegen, wo wir den Umgang mit dieser Problematik so weit, wie wir das jetzt überschauen konnten, regeln wollen. Von der Frage, wie können wir den Forstschutz besser umsetzen, dort, wo sich niemand darum kümmert, über die Frage, wie kommt es zu einer Wiederbewaldung. Da reden wir nicht von Schnellschüssen, sondern da reden wir davon, wie können wir Wald auf Flächen, die es uns in Anbetracht der Trockenheit ausgesprochen schwermachen werden, wieder bewaldet zu werden, sichern. Da werden wir viele Wege gehen müssen, da werden wir vielleicht auch den Weg der Bewässerung gehen müssen. Da wird der Weg des Säens oft ein viel besserer sein als der des Pflanzens, denn das Saatgut sucht sich den Zeitpunkt aus, der geeignet ist, dass es hochkommt. Und da habe ich nicht vorher bei dem Baum die Feinwurzeln abgerissen und setzte ihn dann in eine trockene Erde rein. Es wird dort viele Schwierigkeiten geben. Aber wir dürfen eins nicht machen: Wir dürfen nicht vor lauter Populismus und vor lauter „wir müssen jetzt ganz schnell alles machen“ losrennen und Fehler der Vergangenheit wiederholen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn ich von Fehlern der Vergangenheit rede: Wir hatten solche Situationen in Thüringen schon öfter, vielleicht nicht in dem Ausmaß wie jetzt. Aber am Ende der 40er-Jahre, nach dem Zweiten Weltkrieg gab es schon mal eine Käferkatastrophe, wo unsere Vorfahren versucht haben, den Wald zu retten in einer Zeit größter Not. Die hatten einen Vorteil: Der Holzpreis ist damals nicht den Bach runtergegangen, weil man nach dem Krieg das Holz dringend zum Bauen gebraucht hat. Damit hatten sie Geld, um was zu machen. Aber natürlich haben die geguckt: Wo kann ich denn Bäume herbekommen? Die haben die Pflanzen von der Küste geholt. Deshalb haben wir heute Fichten, die nicht geeignet sind. Es war der Not geschuldet.

Aber heute müssen wir uns doch die Zeit nehmen, die richtigen Herkunft, die richtigen

Pflanzen auf die Fläche zu bringen. Und wenn ich das tue und wenn ich sage, ich brauche in Anbetracht dessen, dass ich nicht weiß, welche Baumart verreckt mir nächstes Jahr, eine Vielzahl von Baumarten, damit ich am Ende den Waldstatus erhalte. Dann muss auch die Jagd passen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der AfD, weil das Wild sich natürlich auf den Flächen zuerst mal die seltenen Baumarten raussucht. Das ist wie bei uns, wir wollen auch nicht jeden Tag Brot essen, wir wollen auch mal ein Stückchen Schokolade. Von der Seite her müssen wir die seltenen Pflanzen, die wir in der Mischung brauchen, besonders schützen. Dafür braucht es bei den Kalamitätsflächen eine andere Bejagung, deshalb steht das hier so drin, deshalb müssen wir hier was tun.

Die Frage, wenn was mit dem Forstmann passiert. Wir haben die Rettungspunkte hier neu geregelt. Die Frage bei der Nutzung von Wegen, dass hier drin steht, dass, wenn eine forstwirtschaftliche Maßnahme stattfindet, der Weg nicht durch andere gesellschaftliche Nutzungen zu nutzen ist – durch Reiten, durch Radfahren, durch anderes. Die Frage der Vorsicht und gegenseitigen Rücksichtnahme hier zu verankern, die Frage der Verkehrssicherungspflichten hier rauszunehmen, all das haben wir getan und wir haben eben – wie gesagt – auch etwas gemacht. Ich kann keinen Waldbesitzer davor schützen, dass andere gesellschaftliche Interessengruppen Wege dort nutzen. Sie machen es, ob wir es verbieten oder nicht. Aber ich kann sagen: Dort, wo es besonders passiert, lassen wir euch nicht allein mit den Kosten, wir geben euch was für die Unterhaltung. Das tun wir hier. All das haben wir versucht, zu beschreiben und einen wirklich guten Weg zu finden und das sollte man nicht kleinreden.

Ich gehe mal davon aus, in Anbetracht der Katastrophe und ihres Fortschreitens wird es nicht die letzte Änderung des Waldgesetzes sein. Ich weiß nicht, was in der nächsten Legislatur alles noch an Dingen notwendig wird. Wir haben Geld geordnet – die Landesregierung hat es angesprochen. Im Moment ist in Planung 7,50 Euro Aufarbeitungshilfe, aktuell gibt es 5 Euro Aufarbeitungshilfe für einen Festmeter Kalamitätsholz. Wenn die Holzpreise noch weiter runter gehen – und das sieht für das nächste Jahr so aus – werden wir hier nachregeln müssen. Das wird der nächste Landtag klären müssen, weil wir können die Waldbesitzer nicht mit dem Forstschutz allein stehenlassen. Wir haben Strukturen, die wir mühevoll geschaffen haben, die viel zu klein sind, die nicht die nötige Effizienz haben schon im Normalfall, aber die uns helfen, Wald zu bewirtschaften in dieser Zersplittertheit des Waldes, wie er vorhin beschrieben wurde. Diese Strukturen werden wir retten müssen, weil in Anbetracht eines Versagens des Holzmarkts das nötige Geld nicht reinkommt, dass sich die Strukturen selbst erhalten können, dass die ihr Personal weiter finanzieren können. Auch das ist in Arbeit, da gibt es demnächst eine neue Förderrichtlinie. All das ist doch angefasst. Dann sollten wir hier nicht vor lauter Wahlkampf versuchen, uns gegenseitig zu erklären, dass wir alle zu blöd sind.

Meine Damen und Herren, noch zu ein paar anderen Punkten, die angesprochen worden sind. Zur Frage „Stilllegung“: Ich bin ausgesprochen froh, dass es in dieser Legislatur gelungen ist – im Gegensatz zu dem, was in der letzten Legislatur vereinbart wurde –, dass die nationalen Naturerbeflächen des Bundes in die Stilllegungskulisse vollständig reinkamen, dass es also nicht der Landeswald Thüringens – unser größtes Vermögen, das wir haben – allein ist, der die Stilllegung tragen muss, sondern dass sich der Bund beteiligt, der die Stilllegungsverpflichtung auf den Weg gebracht hat. Jetzt sagt die Bundesregierung, die ja von der CDU mitgetragen wird, okay, wir haben ein Biodiversitätsziel, es sollen in Zukunft 2 Prozent der Landesfläche des Bundes sein. Da reichen die 26.000 Hektar nicht. Da reden wir nämlich irgendwie von 36.000 Hektar in Thüringen. Jetzt sagt der Bund, wir geben den Ländern noch mal nationale

Naturerbeflächen, die sie in der Hinsicht – 2 Prozent Stilllegungsziel – nutzen können. Da hat der Freistaat Thüringen gesagt, ist okay, nehmen wir, weil ansonsten müssen wir es wieder aus dem Staatswald tragen. Und dann wird uns gesagt, das hier ist Handeln unserer Landesregierung?

Wie das stillgelegt wird: Am liebsten wäre es mir, der Bundesforst würde es selbst machen, weil ich die Vertragsgestaltung bei der Deutschen Bundesstiftung Umwelt gesehen habe. Wenn man Gewinne macht, fließen sie an den Bund, wenn man Verluste macht, behält man sie selbst, und wenn man vielleicht noch eine Altlast auf der Fläche findet, ist man selbst verantwortlich und nicht der Bund. Das sind die Verträge, die die BVVG denjenigen, die Wald oder Feld kaufen wollen, die ganze Zeit unterjubelt. Den Bund interessiert offensichtlich relativ wenig, wie seine eigenen Gesetze in der Hinsicht sind. Also von der Seite her kann ich gut damit leben, wenn der Bundesforst selbst diese Stilllegung durchführt. Es ist im Regelfall mit Kosten verbunden. Die Maßnahmen, die in Wurzbach in dem Wald jetzt im Rahmen der Abwehr von Schadinsekten durchzuführen sind, sind nicht kostendeckend – da brauchen wir uns nichts vorzumachen. Wer den Wald übernimmt, wird Kosten tragen müssen.

Meine Damen und Herren, noch ein Satz zu der Frage „Windkraft“, Verantwortung CDU-Landräte – weil vorhin Naturparke angesprochen worden sind –: Wenn Herr Landrat Krebs, der zufällig Chef eines Abfallwirtschaftszweckverbands ist, als Chef des Abfallwirtschaftszweckverbands beantragt, dass die Deponie Mihla aus dem Naturpark Eichsfeld-Hainich-Werratal herausgenommen wird, weil er dort gern noch eine Windkraftanlage errichten möchte ...

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Und das Umweltministerium hat schnell, schnell Ja gesagt!)

Ja, Frau Tasch, ich sage doch nur, dann ist das auch ein Handeln von CDU. Auch dort muss ich sagen, na klar, da eine Deponie an sich kein Schutzgut im Sinne des Naturschutzes ist.

(Beifall DIE LINKE)

Aber eins ist doch fakt: Auch wenn diese Fläche aus dem Naturpark herauskommt, muss bei der Abwägung betrachtet werden, ob der Uhu, der in der Nähe brütet, nicht durch das Vorhaben der Errichtung der Windkraftanlage gefährdet wird, weil, wenn er dadurch gefährdet wird, kann die Windkraftanlage nicht gebaut werden. Da sind wir ganz normal im Naturschutzrecht, und das ist auch gut so, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE)

Ich will am Ende noch eins machen: Ich möchte all denjenigen danken, die sich in einer Zeit, wo man als Waldbesitzer eigentlich keine Zeit hat, sich mit gesetzlichen Regelungen zu beschäftigen, trotzdem in die Debatte eingebracht haben,

(Beifall DIE LINKE)

auch unseren Gästen auf der Tribüne, und hier gute Vorschläge gemacht haben. Wir haben uns viel Mühe gegeben und viele Dinge berücksichtigt, die an uns herangetragen worden sind. Das sieht man an der Beschlussempfehlung, die sehr umfangreich ist. Ich wünsche dem Gesetz einen guten Erfolg und hoffe, dort, wo die eine oder andere Sache

noch nachgeschärft werden muss, wird das mit Weisheit in der nächsten Legislatur auf den Weg gebracht. Danke.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)